

A. Bauvorhaben

Bund Naturschutz Unsere Gemeinde steht an 5. Stelle aller 29 Landkreiskommunen mit einer Zunahme von 16.000 Einwohnern seit 1970, also einer Steigerung von 800% (Statistisches Landesamt). Auf einer Siedlungsfläche von 4 (Lkr 97) km² leben 18.000 (Lkr 344.000) Einwohner, d.h. ein Einwohner auf 222 (Lkr 282) m² (PV-Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum). Wir haben somit 51% mehr Einwohner und diese haben innerhalb der Siedlungen 21% weniger „Luft“ als der Landkreisdurchschnitt.

A.1 Wie lautet Ihre Meinung zu einem weiteren versiegelnden Wachstum außerhalb von rein punktuellen Nachverdichtungsmöglichkeiten?

- SPD** Versiegelung von Flächen muss grundsätzlich vermieden, notwendige Baumaßnahmen müssen im Hinblick auf die Vermeidung von Versiegelung optimiert werden. Dafür gibt es eine Vielzahl von Optionen, u.a. Fassaden- und Dachbegrünung, etc. Auch bei bestehenden Wohn- oder Gewerbegebieten setzen wir uns dafür ein, Flächen zu entsiegeln und beispielsweise Grünflächen anzulegen.
- Grüne** Innenentwicklung vor Außenentwicklung setzen wir konsequent um. Freie Grundstücke innerhalb unserer Städte und Dörfer sowie leerstehende Gebäude bieten Möglichkeiten zur weiteren Entwicklung. Mit effektivem Leerstandsmanagement und in enger Abstimmung mit den Eigentümern lassen sich Flächen im Ortsinneren mobilisieren. Den ausufernden Flächenverbrauch wollen wir auf ein verträgliches Maß zurückführen, sodass die Stadt- und Ortskerne lebendig bleiben, die schöne Kulturlandschaft Bayerns erhalten und trotzdem genug Raum für den Bau von Wohnungen und Gewerbe bleibt, etwa durch das Überplanen großflächiger Parkplätze und Aufstocken von Flachbauten. Mit intelligenter Nutzung bestehender Bausubstanz, innovativen Formen flächensparender Neubebauung bei gleichzeitiger Berücksichtigung wertvoller Grünzüge senken wir die Bebauung neuer Flächen im Außenbereich und stoppen so die Zersiedlung der Landschaft. Mit qualitativem Bauen und zukunftsweisenden Ideen sorgen wir für die Wahrung der Identität unserer Ortschaften, für Nachverdichtung mit Augenmaß, für Baukultur und schöne Orte.
- ILT** Taufkirchen hat sein Soll im Wohnungsbau schon längst erfüllt. Je mehr gebaut wird, umso mehr Menschen werden zuziehen. Es wurde in letzter Zeit so viel Bauland ausgewiesen, dass es für einige Jahre reicht. Jetzt muss erst die notwendige Infrastruktur geschaffen werden. Wir möchten einen Ortsentwicklungsplan vorantreiben, der Bauland ausweist aber auch gleichzeitig auf ein verträgliches Maß beschränkt.
- FDP** Wir bejahen Wachstum. Und um es ganz konkret zu machen: wir stehen dafür, dass in Taufkirchen Wohnraum geschaffen werden soll - dieser muss nach unserer Auffassung bezahlbar sein und bleiben. Einen weiteren Wildwuchs der Mieten bei neu geschaffenem Wohnraum lehnen wir ab und möchten durch lenkende Auflagen oder entsprechende Eigentümermodelle (Stichwort Private Genossenschaften) hier Vorkehrungen treffen. Laut Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2017 gehen die Wissenschaftler von einem Anstieg von 8,3% der Bevölkerung Taufkirchens aus. Das wären nach heutiger Datenlage - gehen wir von einer gerundeten Anzahl von derzeit 18.600 EinwohnerInnen aus - ein Mehr von total gut 1.500 Menschen. Auch hier vertrauen wir der Wissenschaft und nehmen die Zahlen als valide an.
- CSU** keine Antwort
- FW** keine Antwort

A.2 Falls Sie Wachstum bejahen: Welche Größenordnung innerhalb welcher Zeit an welchem Ort stellen Sie sich vor?

- SPD** Unser Wahlprogramm enthält präzise Angaben, wo und in welcher Weise künftig Bauland ausgewiesen oder Flächen entwickelt werden können. Ebenfalls nehmen wir Stellung zu Flächen, die nicht entwickelt werden sollen. Falls konkretere Informationen zu einer bestimmten Fläche gewünscht werden, geben wir gerne eine entsprechende Rückmeldung.
- Grüne** Kurzfristig: Altersheim (Ecke Heimgarten und Bach) mit Bebauung bis auf Höhe Finkenweg, Klinik und Tagespflegeeinrichtung am Oberweg
Mittelfristig: westlich Tegernseer Landstraße
Langfristig: Kegelfelder
- ILT** Wir lehnen auf längere Sicht ein weiteres Wachstum ab.
- FDP** keine Antwort
- CSU** keine Antwort
- FW** keine Antwort

A.3 Wie stehen Sie zum vollständigen Erhalt der Grünflächen zwischen unseren Ortsteilen Am Wald, Bergham, Dorf, Potzham, Westerham, Winning sowie zu unseren Nachbargemeinden?

SPD Der Erhalt der genannten Grünflächen bzw. Grünzüge ist unser Anliegen. Im Einzelfall ist zu überlegen, welche Flächen sich für eine Bebauung oder Erschließung eignen, bzw. für Infrastrukturmaßnahmen genutzt werden müssen. Im Übrigen siehe Antwort A.2.

Grüne siehe A1 und A2.

ILT Wir sind für den Erhalt der Grünflächen, die zum Schutz der Artenvielfalt beitragen und dadurch dem Lebenswert in Taufkirchen dienen.

FDP Wenn wir bauen, dann würden wir auf jeden Fall die Freiflächen innerhalb der Gemeinde denen in Abgrenzung zu den Nachbargemeinden vorziehen.

CSU keine Antwort

FW keine Antwort

A.4 Wie stehen Sie - wie zunehmend in bayerischen Gemeinden - zur Verpflichtung von Rathausverwaltungen, bei sämtlichen Bauvorlagen die potenziellen Auswirkungen auf das Klima zu beschreiben?

SPD Wir unterstützen dieses Anliegen grundsätzlich.

Grüne Das unterstützen wir.

ILT Das ist für uns ein essentielles Thema und sollte selbstverständlich sein. In der letzten Bürgerversammlung wurde dieses Thema mehrheitlich bejaht und steht deshalb auf der Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung. Wir werden diesen Antrag voll unterstützen.

FDP keine Antwort

CSU keine Antwort

FW keine Antwort

A.5 Was halten Sie von einem Prioritätenwechsel, Bauvorhaben nicht mehr als gesetzt anzusehen und Umwelteingriffe hinzunehmen, sondern die Umweltbelange in den Vordergrund zu stellen und Bauvorhaben abzulehnen, wenn die Eingriffe derart schwerwiegend sind, dass Ausgleichsmaßnahmen dies nicht unmittelbar oder nur teilweise wiedergutmachen?

SPD Bauvorhaben sind niemals "als gesetzt" anzusehen. Die Gemeinde verfügt über die Planungshoheit und damit auch über die Entscheidungskompetenz bei zukünftigen Bauprojekten. Die Umweltbelange stehen hierbei für uns niemals im Hintergrund, wohl aber im Nebeneinander mit ebenfalls wichtigen sozialen und infrastrukturellen Fragestellungen.

Grüne Das entspricht auch unseren Prioritäten.

ILT Wir sind dafür, was jedoch mit der aktuellen Gemeindeführung kaum umsetzbar ist. Die gesetzlich vorgeschriebenen Aufwertungen von Landschaftsteilen als Ausgleich für Versiegelungen müssen umweltverträglicher sein und nicht wie sooft an Flächen vollzogen werden, die nicht dafür geeignet sind oder sich außerhalb des Gemeindegebietes befinden.

FDP Generell ist kein Bauvorhaben je gesetzt - es ist die aktive Entscheidung eines jeden Gemeinderates, diesem zuzustimmen oder eben auch nicht. Zu jedem Bauvorhaben haben auch die entsprechenden Umweltschutzbehörden ihre Sicht auf die Dinge darzulegen. Wir halten es für sinnvoll, bei jedem Bauvorhaben zu prüfen, welche Flächen realistisch zur Verfügung stehen, und dann unter Abwägung aller(!) Aspekte - also ganz klar auch Infrastrukturbindung, Anbindung an den ÖPNV, Umweltschutz und Finanzierbarkeit - ein Vorhaben zu gestalten.

CSU keine Antwort

FW keine Antwort

A.6 Was halten Sie davon, zumindest im Erdgeschoss jedes Bauvorhabens Barrierefreiheit festzusetzen, um aufzuzeigen, dass die Gemeinde eine umfangreiche Teilhabe aller Mitbürgerinnen und Mitbürger beachtet?

SPD Wir unterstützen diese Forderung.

Grüne Das unterstützen wir. Wir wollen inklusive und barrierefreie Kommunen aktiv gestalten. Bei den damit verbundenen großen Herausforderungen dürfen die Kommunen vom Freistaat nicht allein gelassen werden. Wir setzen uns für konkrete Verbesserungen vor Ort ein, die gemeinsam mit den Menschen mit Behinderungen in kommunalen Aktionsplänen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet werden. Wir setzen uns für mehr Behindertenbeauftragte und Behindertenbeiräte vor Ort ein, um die Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen zu stärken. Unser Einsatz für umfassende Barrierefreiheit gilt für Zugänglichkeit von Gebäuden genauso wie für barrierefreie Webseiten und auf bedarfsgerechte Informationen der Verwaltung in Leichter Sprache und in Gebärdensprache.

ILT Dieser Punkt ist uns seit jeher ein großes Anliegen, weshalb wir u.a. beantragt haben, den Senioren- und Behindertenbeirat in die Planungen von Neubauvorhaben stärker einzubeziehen.

FDP Wohnraum muss bezahlbar sein. Kostentreiber sind hier neben den aus unserer Sicht teilweise fragwürdigen Baunebenkosten auch die Art, wie und was verbaut wird - der Fachkräftemangel macht die Situation nicht besser (die Firmen finden schlecht Personal und wenn das vorhanden wäre, sieht es mit Wohnraum für die Angestellten mau aus - nun: ein Henne-Ei-Problem, das wir ja alle gemeinsam lösen wollen!). Für Bauen seitens der Gemeinde: Wir gehen davon aus, dass barrierefreies Bauen bei vorausschauender Planung nicht wesentlich teurer wäre als „herkömmliches“ Bauen – deshalb unterstützen wir dieses Ansinnen.

CSU keine Antwort

FW keine Antwort